

Sophie Opel - Eine Patriarchin als Vorbild einer demokratischen Schule?

Gewerkschaften fordern ergebnisoffene Diskussion

In den vergangenen Jahren berichtete GEW-regional wiederholt über die Schulentwicklung in Rüsselsheim. Die GEW hat sowohl in Presseerklärungen, in ihrer Stellungnahme zum Schulentwicklungsplan, als auch im persönlichen Gespräch mit dem Schuldezernenten Dennis Grieser den eingeschlagenen Weg immer wieder in aller Deutlichkeit kritisiert. Zwei Haupt- und Realschulen, nämlich die Park- und die Friedrich-Ebert-Schule sollen „auslaufen“ und eine neue Kooperative Gesamtschule wird am Reißbrett entworfen. Für das Verfahren bedeutet dies, dass die Mitbestimmungsgremien (Schülervvertretung, Gesamtkonferenz, Schulkonferenz) der bisherigen Haupt- und Realschulen ausgehebelt wurden; weder Schüler/innen, noch Eltern, noch Lehrer/innen können die Planungen beeinflussen. Das ist fatal, denn letztlich werden sowohl die Schülerschaft als auch die Lehrerschaft der neuen Schule im Wesentlichen die der alten Schule sein.

Schulgesetz missachtet

Mit Beginn dieses Schuljahres ging die neue Kooperative Gesamtschule in Rüsselsheim an den Start; untergebracht auf dem Gelände der „auslaufenden“ Friedrich-Ebert-Schule. Damit bekam die Frage nach der Namensgebung der neuen Schule aktuelle Bedeutung. Das Verfahren für Namensgebungen ist im Hessischen Schulgesetz eindeutig und klar im Paragrafen 142 geregelt: „Der kommunale Schulträger kann der Schule auf Vorschlag oder nach Anhörung der Schulkonferenz einen Namen geben.“ Der Rüsselsheimer Bürgermeister Dennis Grieser (Grüne) verordnete aber mit einem kleinen Kreis bildungspolitisch Verantwortlicher der Schule ohne offene Diskussion sozusagen „von oben“ den Namen „Sophie-Opel-Schule“. Der Name wurde in den vergangenen Monaten immer wieder in Pressemitteilungen verwendet – mal mit und mal ohne den Zusatz „Arbeitstitel“ –, die Schüler/innen sollen Schulkleidung mit dem aufgedruckten Schullogo kaufen und das Votum der Schulkonferenz soll „nachgeholt“ werden, wenn sie gewählt ist. Dieses Vorgehen ist in letzter Konsequenz rechtswidrig, denn in Paragraf 130 des Hessischen Schulgesetzes heißt es, die Schulkonferenz ist anzuhören „vor der Namensgebung für die Schule“.

Keine ergebnisoffene Diskussion

Es liegt ganz auf dieser Linie, dass bisher über den Namen der neuen kooperativen Gesamtschule keine ergebnisoffene Diskussion geführt wird. Die Entscheidung für den Namen „Sophie-Opel-Schule“ wurde offensichtlich aus vordergründigen Erwägungen und ohne gründliche Prüfung in der Sache getroffen. Sophie Opel erscheint als energische und erfolgreiche Unternehmerfrau in einer Männerwelt und vielleicht wird auch erhofft, von Opel großzügig gesponsert zu werden. Der verantwortungsbewussten Suche nach einem Schulnamen wird dies nicht gerecht.

Grundsätzlich sollte der Schulname einer demokratischen Schule in einem ergebnisoffenen Prozess gefunden werden. Dieser Prozess könnte auch als Schulprojekt gestaltet werden. Für die neue Schule stellt sich natürlich auch die Frage, ob und wie die Schulgemeinden der „auslaufenden“ Schulen zu beteiligen sind. Klar sollten auch die allgemeinen Kriterien sein, nach denen ein Namenspatron oder eine Namenspatronin einer Schule ausgewählt werden.

Entscheidendes Kriterium: Demokratische Grundhaltung

Im Kreis Groß-Gerau ist es Tradition, Gesamtschulen den Namen von Menschen zu geben, die im Nationalsozialismus Widerstand geleistet haben. Mut zum Widerstand und eine überzeugende demokratische Grundhaltung sind heute wichtiger denn je. Schule dient nämlich nicht primär der Vorbereitung auf die Arbeitswelt, sie hat vielmehr vor allem die Aufgabe, demokratische Menschen heranzubilden, die in der Lage sind, sich selbst und die Welt zu verstehen und den vielfältigen antidemokratischen Entwicklungen, dem Abbau von Mitbestimmung ebenso wie den aufkommenden menschenverachtenden rechten Strömungen selbstbewusst und aktiv zu widerstehen. Wenn Adornos pädagogischer Imperativ eingelöst werden soll, nämlich dass sich alle Erziehung dem Ziel verpflichtet fühlen muss, „dass sich Auschwitz nicht wiederholt“, darf es an der demokratischen Grundhaltung eines Namenspatrons/einer Namenspatronin einer Schule keinen Zweifel geben. Sophie Opel mag zwar herausragende unternehmerische Qualitäten aufweisen, sozial eingestellt und demokratisch war sie sicher nicht.

Grundsätzlich muss auch hinterfragt werden, ob Namen von Unternehmern und Unternehmerinnen als Schulnamen überhaupt geeignet sind. Unsere Schulen haben einen öffentlichen Auftrag und dazu gehört auch, unternehmerisches Handeln und seine Sachzwänge kritisch zu hinterfragen. Zu große Wirtschaftsnähe schadet dem Bildungsauftrag einer demokratischen Schule.

Sophie Opel – Die kritische Sicht

Es gibt leider keine historisch kritische Biografie von Sophie Opel. Ausschließlich auf die offiziellen Hochglanzbroschüren der Firma sind historisch Interessierte jedoch nicht angewiesen. Viele Einzelpublikationen beschäftigen sich durchaus kritisch mit dem Wirken der Familie Opel in der Zeit bis 1914 (und danach).

Aufgrund ihrer Entstehung war die Firma Opel von ihrer Gründung 1862 bis zum ersten Weltkrieg ein absolut patriarchalisch geführter Betrieb. Dass dies bis etwa 1900 nicht zu größeren Konflikten führte, ist wesentlich der sozialen Struktur des Ortes geschuldet. Bis etwa 1900 hatten viele Beschäftigte ein eigenes Haus, etwas Landwirtschaft oder andere Nebenerwerbsmöglichkeiten. Sie wählten bei den Reichstagswahlen zwar sozialdemokratisch, ordneten sich aber der Firmenhierarchie unter. Ein Beispiel: „... am 6. Januar 1887 fand aus Anlass der Auflösung des Reichstages ... eine sozialdemokratische Versammlung im „Löwen“ statt. Dieses Mal kam es zum Eklat. Adam Opel griff in die Auseinandersetzung der verschiedenen Parteien ein, indem er die Mitarbeiter seiner Fabrik dazu veranlasste, die Versammlung zu verlassen.“ (Hans Pohl, Adam Opel, Unternehmer im Zeitalter der Industrialisierung, S. 72)

Dieser Vorfall verdeutlicht bereits eine repressive Grundstimmung in Rüsselsheim, die auch Jahre später der evangelische Pfarrer Emil Fuchs beklagte: „Wie sollte man in Rüsselsheim wagen, über Lohnfragen oder sonstige Klagen und Nöte zu sprechen, wo immer jemand da war, der es einem Beamten der Fabrik hinterbringen konnte, was dieser und jener gesagt hatte?“ Die Familie Opel war geschlossen gegen alle Bemühungen, die Gesellschaft zu demokratisieren. Sie stand „treu“ zur Monarchie und unterhielt gute Kontakte zum Großherzog von Hessen. „Agitation“, d.h. gewerkschaftliche Betätigung, war verboten und konnte nach Artikel 6 der Fabrikordnung von 1892 zur Entlassung führen.

Sophie Opel, nach dem Tod von Adam Opel 1896 Hauptverantwortliche für alle Vorgänge im Werk, vertrat rücksichtslos ihre wirtschaftlichen Interessen und geriet folglich immer häufiger in Konflikt mit der Arbeiterschaft, die ab der Jahrhundertwende begann, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Viele Konflikte sind in der „Metallarbeiterzeitung“ des deutschen Metallarbeiterverbandes dokumentiert. (IGM-Archiv/Bibliothek Frankfurt; Kopien im Stadtarchiv der Stadt Rüsselsheim.) Die Zeitung berichtet u. a. von Streikaktionen einzelner Abteilungen, davon, dass Opel sich weigerte in Tarifverhandlungen einzutreten und einem rigorosen willkürlich umgesetzten Strafsystem bei Zuspätkommen und fehlerhafter Arbeit. 1907 kam es zu einem großen Streik, in dessen Folge Opel außer den Sattlern allen Arbeitern kündigte. 1300 Arbeiter wurden auf eine schwarze Liste gesetzt. Immer wieder gab es Klagen über die Arbeitsbedingungen bei Opel. Besonders schlimm waren sie z. B. in der Schleiferei, es mangelte an Absauganlagen. Erkrankungen – auch mit Todesfolge – waren nach einer Untersuchung des Deutschen Metallarbeiterverbandes von 1910 keine Seltenheit.

Für Frauen waren in der Zeit vor dem I. Weltkrieg die Arbeitsbedingungen besonders schlecht. Sie wurden als angelernte „Tagelöhnerinnen“ beschäftigt, schlecht bezahlt, mussten 11 ½ Stunden (plus eine Stunde Pause) arbeiten und hatten kaum Aufstiegschancen. Häufig mussten auch noch Überstunden geleistet werden. Frauen, die älter als 16 Jahre waren und „ein Hauswesen zu versorgen haben“, waren laut Arbeitsordnung von der Beschäftigung bei Opel ausgeschlossen. „Um 1900 verdienten die meisten der 844 Arbeiter bei Opel zwischen 13 und 30 Mark in der Woche, die 100 Arbeiterinnen zwischen vier und zehn, eine einzige zwölf Mark“ (Andrea Neugebauer, Frauen, welche ein Hauswesen zu versorgen haben, werden nicht angenommen“ in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 2/1999, S. 176

„Wenn Opel hustet, hat Rüsselsheim Schnupfen“.

Das Verhältnis der Gemeinde/Stadt Rüsselsheim zu Opel war immer ambivalent. Es gibt keine geradlinige Erfolgsgeschichte. Als einziger im Prozess der Industrialisierung verbliebener großer Arbeitgeber vor Ort hatten alle Wechselfälle der Firmengeschichte unmittelbare Auswirkungen auf die Stadt und die in ihr lebenden Menschen. 1929, kurz vor der Weltwirtschaftskrise, standen die Opel-Brüder wirtschaftlich mit dem Rücken an der Wand und verkauften 80% der Opel Aktien für 120 Millionen Reichsmark an General Motors. Der Rest folgte kurze Zeit später.

Bereits im ersten Weltkrieg machte sich Opel als Rüstungslieferant für die Reichswehr einen Namen. Für die hervorragenden Leistungen in der Rüstungsproduktion erhielt Wilhelm von Opel 1917 den Adelstitel. Fritz Opel nahm im Februar 1933 an der Industriellenrunde teil, die durch großzügige Spenden Hitlers Wahlkampf finanzierte, Wilhelm von Opel wurde vom „Führer“ zum „Wehrwirtschaftsführer“ ernannt und Opel 1943 als Kriegsmusterbetrieb „ausgezeichnet“. Die Stadt bezahlte mit erheblichen Zerstörungen durch alliierte Fliegerangriffe.

Profitiert hat Rüsselsheim von Opel in den Jahren des Automobilbooms, heute ist die einseitige Abhängigkeit von der Firma Opel für die Stadt ein riesiges Problem: Die aufgrund der Steuerpolitik und ihrer „kreativen“ Nutzung durch General Motors von General Motors ausbleibenden Steuereinnahmen sind die Hauptursache für die finanziellen Nöte der Stadt.

Sophie Opel als Vorbild?

Reicht eine unternehmerisch erfolgreiche Tätigkeit aus, um all die kritischen Aspekte, die sicher noch lange nicht vollständig dargestellt sind, aufzuheben?

- Die Familie Opel war in der Kaiserzeit entschieden gegen die Demokratie. Sollen sich Schüler/innen damit identifizieren?
- Bei Opel war jede gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb verboten. Sollen sich Schüler/innen damit identifizieren?
- Opel weigerte sich lange, Tarifverträge abzuschließen. Sollen sich Schüler/innen damit identifizieren?
- Frauen hatten bei Opel keine Aufstiegschancen. Sollen sich Schüler/innen damit identifizieren?
- Die Familie Opel fühlte sich gegenüber den einfachen Leuten immer als etwas Besseres. Sollen sich Schüler/innen damit identifizieren?
- Für die Familie Opel standen wirtschaftliche Interessen eindeutig vor sozialen und humanen Belangen. Sollen sich Schüler/innen damit identifizieren?

Es gibt also viele gute Gründe, in Sophie Opel keine geeignete Namenspatronin einer demokratischen Schule zu sehen.

Erinnerungslandschaft mit Schlagseite

Schulnamen sind nicht nur für eine Schulgemeinde von Bedeutung, sie sind immer auch Teil der Erinnerungslandschaft eines Gemeinwesens. Die Befürworter/innen einer „Sophie-Opel-Schule“ müssten daher auch erklären, warum sie den Namen Friedrich-Ebert-Schule aus der Rüsselsheimer Erinnerungslandschaft streichen wollen, denn immerhin war Friedrich Ebert – wie immer man zu ihm steht – der erste demokratisch gewählte Reichspräsident Deutschlands. Darüber hinaus zeigt ein Blick auf Gebäude und Straßennamen, dass der Name Opel in der Rüsselsheimer Erinnerungslandschaft mehr als überrepräsentiert ist, während Repräsentanten des demokratischen und widerständigen Rüsselsheims eher ein Randdasein führen. Die Ausgestaltung der kommunalen Erinnerungslandschaft unterliegt immer auch dem aktuellen Zeitgeist. Das Rüsselsheimer Museum und das Rüsselsheimer Stadtarchiv haben sich in der Vergangenheit immer wieder kritisch mit Opel auseinandergesetzt. Wenn dieser kritische Blick jetzt zurückgedrängt wird, dann ist dies auch Ausdruck davon, dass ökonomisches Denken in unserer Gesellschaft einen viel zu hohen Stellenwert einnimmt. Auch wer mit dieser Entwicklung nicht einverstanden ist, sollte über Sophie Opel als Namenspatronin einer Schule noch einmal gründlich nachdenken.

Bernd Heyl

Literaturliste

Fuchs, Emil: Mein Leben. Erster Teil, Leipzig 1957

Heitzenröder, Wolfram: Die Industrialisierung einer Landgemeinde. Ökonomischer Wandel in Rüsselsheim am Main im 19. Jahrhundert, in: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde NF 44 (1986).

Heyl, Bernd u. Neugebauer Andrea (Hrsg.): „... Ohne Rücksicht auf die Verhältnisse“ Opel zwischen Weltwirtschaftskrise und Wiederaufbau, Frankfurt 1997

Neugebauer, Andrea: „Frauen, welche ein Hauswesen zu versorgen haben, werden nicht angenommen“. Frauenarbeit in den Opelwerken von 1880 bis 1945, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte Nr. 2/1999, S. 172 ff

Pohl, Hans: Adam Opel. Unternehmer im Zeitalter der Industrialisierung, Rüsselsheim 1995

Schirmbeck, Peter u.a.: Katalog der Abteilung I. Vom Beginn der Industrialisierung bis 1945, Rüsselsheim 1988

Wien, Michael: Artikelserie in der Mainspitze über Wilhelm von Opel: 30.05.15, 18.06.15, 03.07.15, 28.10.15